

Fraktionsübergreifender Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In 25 bundesdeutschen Städten gab es bislang ein erfolgreiches Bürgerbegehren "Radentscheid". Viele davon verfolgen nahezu inhaltsgleiche Ziele wie das kürzlich vom Stadtrat als rechtlich zulässig beschlossene Bürgerbegehren "Radentscheid Freising". Bemerkenswert ist, dass es in keiner dieser Städte tatsächlich zu einem Bürgerentscheid gekommen ist. Dieser wurde stets durch die Annahme des Begehrens durch den Stadtrat bzw. durch den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (ÖRV) vermieden. Konkret würde ein solches Vorgehen auch in Freising einen hohen Verwaltungsaufwand und Kosten im hohen 5-stelligen Eurobereich ersparen, die mit der Durchführung eines Entscheides verbunden wären.

Wie sich in der letzten Sitzung des Stadtrates zeigte, steht eine Stadtrats-Mehrheit den Zielen 2-5 des „Radentscheid Freising“ grundsätzlich positiv gegenüber, so dass die Idee eines ÖRV – auch und insbesondere zur Konsensfindung bei Ziel 1 – nahe liegt.

Wir möchten daher um die kurzfristige Behandlung folgenden Antrags bitten:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig und zeitnah Gespräche mit den Initiator:innen des Radentscheides aufzunehmen mit dem Ziel, den Entscheid durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag hinfällig zu machen.

Begründung:

Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag bietet die Möglichkeit, die grundsätzlich formulierten Ziele des Begehrens detailliert auf individuelle Begebenheiten in der Stadt herunterzubrechen und somit einem Ausgleich verschiedener Interessenlagen Rechnung zu tragen. Wir gehen dabei davon aus, dass derartige Gespräche zeitnah gestartet werden.